

29.03.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

zu dem Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13683

Eine Minute vor Zwölf - Landesregierung muss die frühkindliche Bildung in unseren Kitas sicherstellen

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/13683 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 29.03.2017/Ausgegeben: 31.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN wurde durch Plenarbeschluss vom 14. Dezember 2016 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zur alleinigen Beratung überwiesen.

In dem Antrag der Fraktion der PIRATEN heißt es, die Landesregierung solle aufgefordert werden:

- Die KiBiz-Pauschalen umgehend an die realen Kostenentwicklungen anzupassen und den Jugendämtern Zuschüsse in Höhe des realen Bedarfs von 3.973.342.800 Euro statt lediglich 1.973.342.800 Euro zur Verfügung zu stellen.
- Unverzüglich die von Anfang an vorgesehene Evaluation zu veranlassen oder eine Auswertung der auf KiBiz.web und durch die Erhebungen der Statistikstelle in Dortmund vorhandenen Daten vorzunehmen, um der bevorstehende Grundrevision des Kinderbildungsgesetzes bzw. der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen realistische Bedarfswahlen zugrunde legen zu können.

B Beratung

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. Januar 2017 erstmals beraten und beschlossen, eine Zuziehung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 9. Februar 2017 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 16/1604 dokumentiert.

Anlässlich der Zuziehung von Sachverständigen waren folgende Institutionen/Sachverständige geladen bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

eingeladen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	16/4613
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. Köln	-----

eingeladen	Stellungnahme
Katholisches Büro NRW Dr. Antonius Hamers Düsseldorf	16/4614
Evangelisches Büro NRW Kirchenrat Dr. Thomas Weckelmann Düsseldorf	
Landeselternbeirat der Kindertagesstätten in NRW Würselen	16/4619
Prof. Dr. Werner Heister Neuss	16/4611

Die Auswertung der Anhörung hat der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 9. März 2017 durchgeführt. In seiner Sitzung am 23. März 2017 fand die abschließende Beratung zu dem Antrag statt.

Die **Fraktion der PIRATEN** meinte, es bestünden Zweifel, wann ein neues Kita-Gesetz verabschiedet werden und in Kraft treten könne. Der Antrag greife daher die Notwendigkeit einer Zwischenfinanzierung der gegenwärtig großen Finanzierungslücke auf.

Die **SPD-Fraktion** legte dar, seit August 2016 habe das Land die Dynamisierung mit Unterstützung der Kommunen verdoppelt und den Landesanteil der Finanzierung einseitig um rund 6 % erhöht. 330 Millionen € seien durchgeleitet worden. Der Landesanteil betrage nach der Doppelung der Dynamisierung 200 Millionen €. Hinzu kämen in den nächsten drei Jahren 200 Millionen € durch die Kommunen, sodass eine Gesamtsumme von 730 Millionen € zur Verfügung stehe. Man sei den Kommunen und der Landesregierung sehr dankbar dafür, da diese Mittel die Überbrückung des Finanzengpasses sicherstellten. In der nächsten Legislaturperiode werde das Problem durch ein auskömmlich finanziertes Gesetz endgültig behoben.

Die **CDU-Fraktion** entgegnete, die vom Bund zur Verfügung gestellten und auf drei Jahre verteilten 331 Millionen € stellten nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Das System sei zu 85 % defizitär. Mittlerweile gehe es sehr wahrscheinlich um Defizitabdeckungen in Höhe von fast einer Milliarde €. In keinem anderen Bundesland herrsche eine solch dramatische Situation in der Qualität, in der Personalausstattung und in der Arbeitsbelastung. Von einem Platzausbau im größten Bundesland könne ausgegangen werden. Dennoch fehlten 64.000 Plätze und 15.600 Erzieherinnen. Stünden keine Kita-Plätze zur Verfügung, sei es schwierig, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Im Rahmen der Anhörung sei klar die Realität beschrieben worden. In der Vergangenheit habe es immer ein gleichberechtigtes Dreiecksverhältnis von Träger, Land und Kommune gegeben. Nach Aussage der Träger habe sich dies geändert und die Interessenlagen hätten sich auseinanderdividiert. Gespräche habe es nicht gegeben. Insbesondere sei seitens der Arbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtspflege in aller

Deutlichkeit gesagt worden, dass die Situation prekär bleibe. Der Altersbereich bis zu sechs Jahren stelle den wichtigsten Teilbereich des Menschen dar. Das dürfe nicht vergessen werden. Viele Aspekte des vorliegenden Antrags könne die CDU mittragen. Einen ähnlichen Antrag inklusive der Forderung nach einer Evaluation und der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes habe die CDU in der Vergangenheit selbst gestellt. Auch habe die CDU ein vereinfachtes Finanzierungssystem gefordert. Nicht zustimmen könne man der geforderten Summe von 2 Milliarden €, obwohl man davon ausgehe, dass diese in etwa realistisch sei. Für diesen Betrag fehle allerdings eine fundierte Grundlage.

Die **FDP-Fraktion** hob hervor, Träger gäben Kitas aus finanziellen Gründen ab. U3- und Ü3-Plätze stünden nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen nehme bei der Versorgung mit Kita-Plätzen den letzten Platz im Ländervergleich ein. Ein neues Gesetz liege noch nicht vor. Wuppertal sei bekannt für seine bislang schlechte Ausbaudynamik. Ein Kita-Bau funktioniere in der Stadt nicht gut. Durch die Erlasslage des Landes mit 30 Millionen € würden keine 90 % der Investitionskosten übernommen, sondern einen Großteil müsse im Endeffekt der Träger bzw. die Kommune selbst zahlen. Bei einer Kita mit Investitionskosten von 2 Millionen € hätten Träger bzw. Kommunen mehr als 1 Million € selbst zu übernehmen. Für eine Stadt wie Wuppertal und auch für Träger sei dies quasi nicht leistbar. Dadurch könne die erforderliche Versorgungsquote nicht erreicht werden. Es müsse eine neue Erlasslage geschaffen werden, um Investitionen zu ermöglichen. Die FDP stimme dem vorliegenden Antrag angesichts der unrealistischen Forderung von weiteren 2 Milliarden € nicht zu. Möglich seien nur ein stückweiser Aufbau und das Setzen von Prioritäten. Man ziehe Investitionen in die Qualität und den Ausbau einer sofortigen Beitragsfreiheit vor. Die Analyse des Antrags sei allerdings stimmig.

Die **Landesregierung** legte dar, das Land bezuschusse mit der maximalen Höhe von 90 % und mittlerweile sowohl den Ausbau von Ü3 als auch von U3. Die Landesregierung erwarte ein weiteres Investitionsprogramm des Bundes, das sich gegenwärtig in den parlamentarischen Beratungen befinde und aufgrund des Engagements von Nordrhein-Westfalen auch für Ü3-Plätze geöffnet werde. Es gebe Förderhöchstsätze, aber sonst keine Beschränkung. Bei einem Neubau betrage der Höchstsatz 20.000 €. Dieser Satz sei im Bundesvergleich sehr hoch. Zudem liege die durchschnittliche Abrechnung der Kosten unter diesem Wert. Allerdings hätten manche Kommunen ihr Budget an Investitionsmitteln sehr lange nicht ausgeschöpft. Diese Mittel hätten andere Kommunen in Anspruch genommen. Aus dem Landesprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen € seien bereits 60 Millionen € bewilligt worden. Dies zeige die Wirksamkeit des Programmes; denn andere Kommunen nähmen es in Anspruch und kämen damit sehr gut klar.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, die Elementarbildung sei immer Thema im Ausschuss, sodass die Positionen geklärt seien. Die Probleme und die Finanzierungslücke würden gesehen. Der vorliegende Antrag helfe da aber nicht weiter.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/13683 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Margret Voßeler
Vorsitzende